Pierre Mairesse, GD Bildung und Kultur der Europäischen Kommission

Europäische Strategien für die soziale Eingliederung Jugendlicher

Die Europäische Kommission begrüßt die Initiative des deutschen Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, die Diskussion integrierter Strategien für Jugendliche in benachteiligten Stadtteilen auf eine europäische Ebene zu bringen.

Die Europäische Union hat sich im Jahr 2000 in Lissabon sehr ehrgeizige Ziele gesteckt: Sie will der wissensbasierte Wirtschaftsraum der Welt werden, der sich dem Wettbewerb am besten stellen kann, und will dabei mehr und bessere Arbeitsplätze, nachhaltiges wirtschaftliches Wachstum und sozialen Zusammenhalt bieten. Ich möchte in diesem Zusammenhang betonen, dass die Lissabon-Strategie nicht nur auf die Herausforderungen des Marktes und der Wirtschaft zu reagieren versucht, sondern auch auf die weitergehenden Bedürfnisse der Menschen, der Bürger und der Zivilgesellschaft. Seit Lissabon wurde eine große Zahl politischer Initiativen ins Leben gerufen, darunter Projekte, die sich die Bekämpfung sozialer Ausgrenzung und die Förderung der Bildung und beruflichen Ausbildung auf die Fahnen geschrieben haben.

Die wichtigste Botschaft des Berichts einer hochrangigen Expertengruppe jedoch, von der die Kommission bei ihrer Vorbereitung auf die Zwischenbilanz der Lissabon-Strategie beraten wurde (der so genannte Kok-Bericht), kann wie folgt zusammengefasst werden: obwohl die Ziele von Lissabon sehr hoch gesteckt sind, haben wir keine andere Wahl, als unsere Anstrengungen zu verdoppeln und uns mit voller Kraft für die Verwirklichung dieser Ziele einzusetzen, wenn wir nicht scheitern wollen. Die derzeitige Lage verlangt unser rasches Handeln, beispielsweise im Bereich Wissen und Bildung und auf dem Arbeitsmarkt. Ich möchte drei Beispiele nennen:

- Eines der Hauptziele der Erklärung von Lissabon ist es, die Zahl der Kinder, die zu einem frühen Zeitpunkt die Schulausbildung abbrechen, deutlich zu senken. Die uns vorliegenden Statistiken zeigen, dass der vorzeitige Abbruch der Schulausbildung ein gravierendes und weit verbreitetes Problem darstellt: der durchschnittliche Prozentsatz der Schulabbrecher liegt in der EU bei 16%. Der vereinbarte Richtwert für das Jahr 2010 ist, diesen Anteil innerhalb der Bevölkerungsgruppe im Alter von 18-24 Jahren mit Schulausbildung, die zum Zeitpunkt der Erhebung nicht an Bildungs- oder Ausbildungsprogrammen teilnehmen, auf 10% zu reduzieren. Ein von Schulabbrechern oft genannter Grund für das vorzeitige Verlassen der Schule ist die mangelnde Attraktivität des Lernumfelds. Wichtig ist daher, dafür zu sorgen, dass Schlüsselkompetenzen auch außerhalb des formellen schulischen Rahmens gut entwickelt werden können.
- Im Jahr 2003 wurden 19% der Jugendlichen im Alter zwischen 16 und 24 Jahren als Gruppe mit hohem Armutsrisiko eingestuft, womit diese Gruppe um 5% über sämtlichen anderen Altersgruppen lag. Armut und soziale Ausgrenzung nehmen vielschichtige und mehrdimensionale Formen an, weshalb wir ein breites Spektrum verschiedener politischer Ansätze mobilisieren müssen. Wo Jugendliche soziale Ausgrenzung erfahren, ist die Möglichkeit, ihr Engagement für eine konstruktive Beteiligung an der Zivilgesellschaft zu sichern, geschwächt oder jedenfalls deutlich eingeschränkt. Daher brauchen wir größere Kohärenz, Abstimmung und Zusammenarbeit in der Formulierung sozialpolitischer Strategien, besonders im Hinblick auf Jugendliche.
- Der jüngste Gemeinsame Beschäftigungsbericht zeigt, dass die Arbeitslosigkeit bei Jugendlichen 15,7% erreicht hat (in einigen Ländern mehr als 20%), im Vergleich zu 8,1% für die Gesamtbevölkerung. Wir müssen uns stärker auf den Kampf gegen eine Spaltung der Arbeitsmärkte konzentrieren, in denen gute Arbeitsaussichten für Hochqualifizierte und prekäre oder gar keine Aussichten für die übrige Bevölkerung bestehen. Hier sind mit Blick auf die Belange der Jugendlichen verschiedene Aspekte anzusprechen:
  - die Entwicklung eines Arbeitsmarktes, der Eingliederung begünstigt
  - die Garantie angemessener Ressourcen und Einkünfte für Jugendliche in sozial und wirtschaftlich schwieriger Lage, insbesondere Angehörige von Minderheiten, junge Frauen in unsicherer Arbeitssituation und junge Menschen mit Behinderungen,
  - das Vorgehen gegen Ungleichbehandlung im Bildungsbereich
  - die Ausweitung des Zugangs zu hochwertigen Leistungsangeboten
  - die Regenerierung von mehrfach benachteiligten Gebieten.

Zusammenfassend lässt sich sagen: Die Wiederbelebung der Lissabon-Strategie und eine Verstärkung unserer Anstrengungen sind dringend geboten. Die neue Kommission unter

Präsident Barroso hat sich diese Sicht zu eigen gemacht und daher entschieden, den Zielen von Lissabon in den kommenden Jahren politische Priorität einzuräumen.

Die Jugendpolitik ist ein vollgültiger Bestandteil dieser Bestrebungen. Im Jahr 2001 hat die Kommission das Weißbuch 'Neuer Schwung für die Jugend Europas' als Fortführung der Schlussfolgerungen von Lissabon verabschiedet. Das Weißbuch benannte die wichtigsten Herausforderungen in der Jugendpolitik im sozio-demographischen Zusammenhang Europas, der durch ein wachsendes Ungleichgewicht zwischen den Jugendlichen und der älteren Bevölkerung sowie durch sich verändernde Lebensbedingungen für Jugendliche gekennzeichnet ist. Dies geschieht zu einer Zeit, da die Europäische Union sich in bislang ungekanntem Maße ausdehnt, und vor dem Hintergrund zunehmender Globalisierung.

In der Nachfolge des Weißbuchs zur Jugendpolitik konnten wir beeindruckende Fortschritte in der politischen Zusammenarbeit auf europäischer Ebene erzielen. Der Rat verabschiedete 14 Gemeinsame Ziele in den prioritären Themenfeldern Partizipation, Information, Freiwilligenarbeit und besseres Verständnis von und über Jugend. In Bezug auf die politischen Querschnittsbereiche, die für das Leben junger Menschen von zentraler Bedeutung sind, wie etwa Beschäftigung, Bildung und soziale Eingliederung, haben wir überdies eine Reihe konkreter Maßnahmen auf EU-Ebene entwickelt.

Die Ergebnisse sind ermutigend, doch wir lernen daraus zuvorderst für unser zukünftiges Handeln:

- wir müssen die Lage der Jugendlichen im Hinblick auf diese Aktionsfelder besser verstehen, um sie beeinflussen zu können;
- alle Akteure auf allen Ebenen müssen mobilisiert werden, um eine messbare Wirkung zu erzielen.

Es ist wichtig, den durch das Weißbuch gewonnenen neuen Schwung nicht zu verlieren. Neuer Handlungsbedarf wird entstehen angesichts der Tatsache, dass die Gesellschaft im Allgemeinen und die Jugend im Besonderen sich so schnell weiter entwickeln.

Das Programm JUGEND bietet einzigartige Chancen für junge Menschen auf dem Gebiet informeller Lernerfahrungen im interkulturellen Kontext mit deutlich europäischem Schwerpunkt. Dies gilt auch für Initiativen für Jugendliche auf kommunaler Ebene. Wir geben 100 Millionen pro Jahr aus für 10.000 Projekte in den vier Handlungsfeldern des Programms: Jugendaustausch, Freiwilligenarbeit, kommunale Initiativen und unterstützende Maßnahmen. Die wechselseitige Ergänzung und Durchdringung der vier Handlungsfelder dient dazu, das Programm so offen und flexibel wie möglich zu machen, um den Bedürfnissen der jungen Europäerinnen und Europäer entgegen zu kommen, die daran mitarbeiten möchten.

Denjenigen Jugendlichen, die geringere Chancen haben, Zugang zu dem Programm zu gewähren, war für die Europäische Kommission schon seit Beginn der Aktivitäten in diesem Bereich von höchster Priorität, und beachtliche Arbeit ist dabei schon geleistet worden. Die Europäische Kommission und die nationalen Organisationen zur Umsetzung des Programms JUGEND haben den Schwerpunkt sehr stark auf die Beteiligung von Jugendlichen mit geringeren Chancen an dem Programm gelegt und die notwendigen Schritte unternommen, um dieses prioritäre Anliegen voll und ganz umzusetzen. Dies geschieht beispielsweise durch:

- ein so genanntes "resource centre" (virtuelle Bibliothek) zu Fragen der Eingliederung
- eine Broschüre zum Thema soziale Eingliederung mit wichtigen Informationen
- themenbezogene, benutzerfreundliche Handbücher für Ausbildungs- und Unterrichtszwecke („T-Kits")
- innovative Projekte zu Zusammenarbeit, Ausbildung und Information
- neue, kreative Ansätze insbesondere für weniger begünstigte Regionen.

Im Juli hat die Kommission ihren Vorschlag für ein neues Programm mit dem Titel "JUGEND in Aktion" für den Zeitraum 2007-2013 vorgelegt. Das Hauptziel ist es, die Kontinuität des aktuellen Programms JUGEND sicher zu stellen und die jüngsten Entwicklungen im Jugendbereich zu unterstützen.

Die Ziele des neuen Programms sind:

- die Förderung des aktiven bürgerschaftlichen Engagements junger Leute im Allgemeinen und speziell im Rahmen der europäischen Staatsbürgerschaft
- die Herausbildung von Solidarität zwischen den Jugendlichen, insbesondere zur Stärkung des sozialen Zusammenhalts in der Europäischen Union
- die Förderung des gegenseitigen Verständnisses zwischen den Völkern durch den Einsatz junger Menschen
- Beiträge zur Qualitätssteigerung von unterstützenden Systemen im Bereich der Jugendaktivitäten und der Kompetenzen gesellschaftlicher Organisationen im Jugendbereich
- die Förderung der europäischen Zusammenarbeit in der Jugendpolitik.

Der Kommissionsentwurf unterstreicht ausdrücklich, dass allen jungen Leuten unterschiedslos Zugang zu den Aktivitäten des Programms zu gewähren ist, und stellt zugleich

sicher, dass besondere Anstrengungen unternommen werden im Hinblick auf Jugendliche, die wegen ihrer Bildung und Ausbildung oder aus sozialen, körperlichen, psychologischen, wirtschaftlichen oder geografischen Gründen nur unter besonderen Schwierigkeiten an dem Programm teilnehmen können.

Die europäische Integration sieht sich in den kommenden Jahren neuen Herausforderungen gegenüber, insbesondere in Bezug auf die in den Mitgliedstaaten geführte politische Diskussion über die europäische Verfassung. Diese nämlich enthält zwei neue Bestimmungen zur Förderung der Beteiligung Jugendlicher am demokratischen Leben in Europa und zur Einrichtung eines Europäischen Freiwilligenkorps für Humanitäre Hilfe. Wir sind damit befasst, die Umsetzung dieser Bestimmungen vorzubereiten, um die Beteiligung junger Menschen zu stärken und neue Formen individueller und gemeinschaftlicher Freiwilligenarbeit zu entwickeln. Es besteht ein wachsendes Interesse an der Entwicklung eines gemeinsamen Europäischen Freiwilligendienstes (EVS, European Voluntary Service), der eine Gruppe von jungen Freiwilligen zur Arbeit an einem Projekt zusammenführen könnte. Dies dürfte gerade für junge Leute mit geringeren Chancen von großem Interesse sein.

Im Hinblick auf integrierte Strategien für Jugendliche sehe ich vier Hauptpunkte, die von wesentlicher Bedeutung sind für wirksame und umfassende Strategien; diese Punkte stimmen auch mit den politischen Zielen überein, die auf europäischer Ebene vereinbart wurden:

- die Bedeutung der kommunalen Ebene für die Ziele der Partizipation und sozialen Eingliederung
- die Rolle des Nicht-Regierungssektors, der Zivilgesellschaft, der Nichtregierungsorganisationen (NGO) und der Fachkräfte in der Jugend- und Sozialarbeit
- ein fortlaufender und verstärkter Austausch bewährter praktischer Ansätze zur Vermehrung von Wissen und Information und zu wechselseitigem Lernen
- ein integrierter Ansatz von Seiten der Politik und sonstiger Interessenvertreter, den man auch als soziale Kooperation bezeichnen könnte.

Die Idee zu einem Europäischen Pakt für die Jugend wurde in großem Maße durch diesen integrierten Ansatz inspiriert. Die Kommission begrüßt die jüngste Initiative der Staats- und Regierungschefs Schröder, Chirac, Zapatero und Persson für einen Europäischen Pakt, da dieser sich ausgezeichnet in die politischen Prioritäten sowohl des Weißbuchs als auch der neuen Kommission einfügt und insbesondere den Anliegen Präsident Barrosos und des neuen Kommissars für Jugendfragen, Jan Figel, entspricht.

Wir werden – in Zusammenarbeit mit den niederländischen und Luxemburger Ratspräsidentschaften – für den Gipfel im Frühjahr 2005 geeignete Maßnahmen vorschlagen. Dies könnte in Form einer Partnerschaft zwischen der EU und Jugendlichen geschehen, die auf drei wichtigen Pfeilern beruht – soziale Eingliederung, Bildung und Staatsbürgerschaft, im Kontext des übergeordneten EU-Zusammenhalts sowie im Kontext einzelstaatlicher Programme im Jugendbereich.

Diese Initiative sollte – auf allen Ebenen – darauf abzielen, einen noch stärker integrierten Ansatz der Jugendpolitik zu verwirklichen, der von der Schule über die aktive Staatsbürgerschaft bis hin zum Arbeitsleben reicht. Um es mit anderen Worten zu formulieren: der Pakt sollte zu integrierten Strategien für alle jungen Menschen führen, insbesondere aber für diejenigen mit geringen Chancen, die in benachteiligten Gebieten leben.